Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1919

23.12.1919 (No. 300)

Visual Library

№ 300 Dienstag, den 23. Dezember 1919 162. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 952, 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptschriftleiter E. Amend. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 6 ℳ 15 ₰; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung ausschließlich Bestellgeld 5 ℳ 90 ₰ — Einzelnummer 15 ₰ — Anzeigengebühr: die 7mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum 35 ₰ zuzüglich 30 % Teuerungszuschlag. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Die Kohlenfrage.

** In einigen Blättern sind Angriffe und Vorwürfe wegen der herrschenden Kohlennot erhoben worden. Hierzu ist zu bemerken:

Die badische Regierung ist seit Monaten bemüht, durch immer erneute schriftliche und mündliche Vorstellungen bei den zuständigen Reichsstellen zu erreichen, daß Baden besser wie bisher mit Kohlen beliefert werde. Die Regierung hat es hierbei an dem erforderlichen Nachdruck nicht fehlen lassen. Auch wurde in der eindringlichsten Weise auf die Notwendigkeit hingewiesen, den vorübergehend günstigen Wasserstand des Rheines raschestens auszunutzen und dadurch eine gewisse Bevorratung Süddeutschlands und Badens für die kommenden Wintermonate zu ermöglichen.

Die Vorstellungen haben, wenn auch nicht in dem gewünschten und erforderlichen Umfange, so doch im allgemeinen eine gewisse Besserung der Kohlenzufuhren erreicht. Ohne diese Besserung wäre die Kohlennotlage noch viel ernster, als sie es ohnehin jetzt ist.

Die Kohlennotlage ist auf Umstände zurückzuführen, auf welche der badischen Regierung im wesentlichen kein Einfluß zusteht, so die Minderförderung in den deutschen Kohlengruben, der Ausfall des Saarbeckens, die teilweise Desorganisation im norddeutschen Eisenbahn- und Schiffsverkehr, schließlich die großen Abgaben an Kohlen an die Entente.

Die Kohlennotlage ist nicht auf Süddeutschland allein beschränkt; sie ergreift das gesamte Deutsche Reich, wenn es auch, insbesondere wegen der Nähe von Kohlengruben, vorkommen mag, daß norddeutsche Industrien besser beliefert sind, wie gleichartige süddeutsche Industrien.

Die erhobenen Vorwürfe, als geschähe seitens der badischen Regierung nicht alles, was überhaupt in der Angelegenheit zu tun möglich ist, sind deshalb gegenstandslos.

Die Aufgaben unserer Landeskultur.

Von Regierungsbaumeister Neubert, Karlsruhe.

(Schluß des Artikels in Nr. 295.)

Zu den Aufgaben unserer Landeskultur gehört es auch, **Feldbereinigungen** (besser Flur- oder Gewannbereinigung) durchzuführen.

Die Feldbereinigung ist leider in Baden schon seit Jahrzehnten in stetem Rückgang begriffen. Während von 1896—1904 die Zahl der Feldbereinigungen 98 betrug, hat sie sich von 1905—1912 auf 62 erniedrigt. Seit 1912 wird die Zahl der Ausführungen noch weiter zurückgegangen sein.

Das Bedürfnis nach Feldbereinigung ist bei uns ohne Zweifel in hohem Grad gegeben, denn bei dem Überwiegen des kleineren und mittleren Besitzes treten die Gemenglagen der Grundstücke und der damit verbundene Mangel entsprechender Zu- und Abfahrgelegenheiten fast überall stark hervor. Die daraus sich ergebenden wirtschaftlichen Nachteile will ich nicht aufführen. Wegen Platzmangels kann ich leider auch die Vorteile einer Feldbereinigung nicht aufzählen.

Die Zusammenlegung könnte fast überall durchgeführt werden. Sie ist die Grundlage eines lohnenden, ertragreichen Betriebs. Insbesondere sollten Wiesenmeliorationen mit einer Zusammenlegung der Grundstücke verbunden werden.

Von größter Bedeutung für unsere Landeskultur ist es aber auch, für die Herstellung aller für die restlose Ausnutzung der Meliorationsanlagen erforderlichen Folgeeinrichtungen zu sorgen. Ist doch gerade auf das Fehlen des inneren Ausbaues einer Kulturanlage sehr oft ein geringerer Erfolg zurückzuführen. Bei einer Entwässerungsanlage sind es meist die Seitengräben und die Dränzüge, die erst ein richtiges Resultat erzielen lassen. Insbesondere ist es auch die **landwirtschaftliche Behandlung der Grundstücke:** Umbruch der alten Bodennarbe, Herstellung eines sachgemäßen Keimbettes, Düngung und Neuansaat, von denen erst der ganze Erfolg einer Bodenverbesserung abhängig ist. Bei stark versumpften Wiesen ist z. B. die Grasnarbe nach der Entwässerung umzubrechen und einige Jahre mit Hackfrucht und Getreide zu bebauen. Erst dann ist die Wiese anzusäen, wobei eine den örtlichen Verhältnissen entsprechende Samenmischung gewählt werden muß.

Für unsere Landeskultur kommt auch die **landwirtschaftliche Verwertung der Abfallstoffe der Städte in Betracht.**

Die Abwässer können durch Überrieselung und Überstauung verwertet werden. Der Boden muß jedoch durchlässig sein. Schon Liebig weist darauf hin, daß die pflanzentragende Erde einen ungeheueren Reinigungsapparat für das Wasser darstelle. Sie bildet das einzige, Erfolg versprechende Mittel, um in vielen Gegenden der erschreckend überhandnehmenden Verunreinigung unserer Flüsse und Bäche entgegenzuwirken. Auch in Baden hat man dies schon vor Jahrzehnten erkannt. Freiburg hat schon lange eine zweckmäßig eingerichtete Abwasserrieselanlage. Baden-Baden will das Abwasser in der nächsten Zeit durch einen Kanal auf direktem Weg dem Rhein zuführen. Statt die für die Landwirtschaft wertvollen Stoffe ungenützt dem Rheinstrom zu übergeben, wäre es doch für die anliegenden Gemeinden von großem Vorteil sich diese Abwasser zu Nutze zu machen. (Gründung einer Abwasserverwertungsgenossenschaft!)

Auch der Müllverwertung wurde bisher bei uns zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Nach den von der agrikulturtechnischen Anstalt Liebefeld gemachten Untersuchungen enthält der abgelagerte Kehrricht mehr Phosphorsäure als der Stallmist und fast die gleiche Menge an Kalk und Stickstoff wie dieser. Sowohl leichter als auch schwerer Boden ist sehr dankbar für eine Mischung mit Müll, wie es in der Nähe des Bahnhofes von Karlsruhe und seinen Vororten zu beobachten ist. Gemüse- und Kartoffeln gedeihen auf diesen Müllböden ausgezeichnet. Die Gemeinden sollten der zweckmäßigen Verwertung der städt. Abfallstoffe jetzt mehr denn je ihre Aufmerksamkeit schenken, zumal der künstliche Dünger auf Jahre hinaus sehr schwer zu erhalten sein wird. Das Haupthindernis bilden die hohen Beförderungskosten. Zu begrüßen wäre es, wenn die Eisenbahnverwaltung die hierzu benötigten Wagen unentgeltlich oder gegen ermäßigte Gebühr zur Verfügung stellen würde.

Zur erfolgreichen Förderung unserer Landeskultur dient in sehr erheblichem Maße auch **die Hebung der Wiesen- und Weidepflege.** Es sollte alles nur Mögliche getan werden, um in der Höhe der Wiesenerträge wieder jenen Vorsprung zu gewinnen, den Baden vor 30 Jahren in Deutschland eingenommen hatte.

Ich muß mir versagen auf diesen wichtigen Punkt wegen Papierknappheit näher einzugehen. Nur auf die Verwertung der Jauche und Pflege der Weide möchte ich hinweisen.

Da der Stickstoff in den nächsten Jahren nur sehr schlecht zu bekommen sein wird, ist die ganze Aufmerksamkeit auf die Verwertung und Behandlung der Jauche zu richten. Im bergigen Gelände (Schwarzwald, Bodenseegegend), wo ohnedies die Aufbringung von Kunstdünger mehr oder weniger erschwert ist und wo das Streumaterial größtenteils fehlt, sollte die Güllenwirtschaft immer mehr in Anwendung kommen. In der benachbarten Schweiz und im Allgäu ist die Güllenbereitung schon seit vielen Jahren eingeführt. Auch die Landwirtschaftskammer wird voraussichtlich noch in diesem Jahr auf dem Lehrgut Dorneck die ersten Versuche mit der Jauchenbereitung machen können. Auf die Pflege der Weiden ist mehr Gewicht zu legen. Wie viel Schwarzwaldweiden könnten einen besseren Ertrag abwerfen, wenn sie richtig geeggt und gedüngt würden! Das letztere ist jetzt allerdings mit künstlichen Düngemitteln kaum möglich. (Bildung von Mustergenossenschaftsweiden mit Anwendung der Güllewirtschaft!) Die Reutfelder — zeitweise als Ackerland benützte Weiden, — sollten bei der Wiederansaat vorsichtig behandelt werden und zum Ansäen wäre nur solches Saatgut zu verwenden, das von Fall zu Fall aus den entsprechenden Weidegräsern und Kleearten sich zusammensetzt.

Im Interesse unserer Landeskultur liegt es auch, anzuregen, daß **öde und brachliegende Flächen** der Kultur zugeführt werden.

Es gibt in Baden immer noch mehrere Tausende von Hektaren, die absolut keinen oder nur einen ganz geringen Ertrag abwerfen. Nicht nur im Besitze von Privaten und Gemeinden, sondern auch im Eigentume des Staates befinden sich diese Flächen. Es wäre zu begrüßen, wenn hier der Staat, ebenso wie die anderen Bundesstaaten, mit gutem Beispiel voranginge und alles dransetzte, um diese Gebiete für die Kultur zu gewinnen. In den meisten Fällen dürfte es ja mit nicht allzuhohen Kosten möglich sein. Insbesondere könnten hier vom Staat Beispielsanlagen geschaffen werden, welche die Gemeinden zur Nachahmung anreizen sollen und erfahrungsgemäß dazu auch aneifern. Gelegenheit würde sich für die Domänendirektion im ganzen Land bieten.

Die Beseitigung des Überflusses an Wasser ist oft (Rheinebene) nur auf künstlichem Weg durch Pumpen möglich. Bekanntlich wird im badischen Rheintal zwischen Basel und Mannheim unendlich viel Futter und nicht selten auch in manchen Gemeinden die ganze Ernte, wie es z. B. bei Rheinhausen 1910 der Fall gewesen ist, durch Schließen der Rheinschleusen bei Hochwasser vernichtet. Dadurch wird nicht nur das ganze Binnenwasser während Wochen und oft auch Monate zurückgehalten, sondern es kommt auch noch das anfallende Druckwasser, vom Rhein her, hinzu. Sollte hier nicht endlich einmal im Interesse unserer Landeskultur tatkräftig eingegriffen, die nötigen, umfangreichen Erhebungen am Rhein zur Errichtung von Pumpanlagen gepflogen und die Sache einheitlich und energisch in die Hand genommen werden? Wie viel Millionen gehen jährlich im Rheintal durch die bestehenden, krassen Mißstände verloren!

In Hessen und der Pfalz hat man auf diesem Gebiet schon äußerst segensreich gewirkt. Ich weise nur auf die zur vollsten Zufriedenheit ausgeführte Pumpanlage in Einsheim hin, die sekundlich 6,00 cbm über den Rheindamm bei Hochwasser fördert.

Manche Wassertümpel und manche unfruchtbare, versumpfte Geländemulde könnte durch geringe Mittel in ein rentables Fischwasser umgewandelt werden, in dem reges Leben herrschen würde. Viele alte Hanf-Röstellen bei Offenburg wären leicht mit geringen Kosten in ertragreiche Fischteiche umzubauen.

Auf dem Gebiet der Moorkultur wäre sicherlich noch viel zu erreichen, nachdem wir ganz ansehnliche Moorländereien in Baden haben, (Moorkartierungen; industrielle Ausnützung der Torflager!)

Großzügige Ödlandkulturen, namentlich auf Flächen, die weiter entfernt liegen, lassen sich auf die Dauer nur unter Schaffung neuer Siedlungen zweckentsprechend durchführen und ausnützen. Das Donauried bei Donaueschingen würde sich u. a. dazu eignen. Es dürfte Sache der Siedlungs- und Landbank sein, diese Gelegenheit tunlichst auszuwerten.

Große Wasserflächen und ausgedehntes, versumpftes Vorland am Rhein wären durch Auffüllung für die Kultur zu gewinnen. Viele Gemeinden bei Bühl und Offenburg haben hier auch bereits den Anfang gemacht. In zahlreichen Gemarkungen wurden auch schon Waldausstockungen vorgenommen, um Land zum Bebauen zu erhalten.

Mehr oder weniger sind auch die Allmend- oder „Mark"-grundstücke zum Ödland zu rechnen. Der größtenteils in der fruchtbarsten Gegend Badens liegende Allmendboden müßte aufgeteilt oder auf möglichst lange Zeit an die Gemeindemitglieder verpachtet werden, wobei der Pachterlös den eigentlichen Nutznießern gehören würde.

Bei richtiger Bewirtschaftung und Verteilung der Allmende könnten in jeder Gemeinde noch viele Familien ihr Brot finden, zumal dieser Boden doch in alten Zeiten herrenloses Land gewesen ist, das durch Schenkung oder Kauf an die Gemeinde kam. Bietet nicht das Siedlungsgesetz genügend Handhabe, um gegebenenfalls hier einzugreifen?

Eine weitere Aufgabe bestände darin, dafür zu sorgen, daß insbesondere die größeren Anlagen nicht nur technisch einwandfrei durchgeführt, sondern nach ihrer Vollendung auch von einer ständig zur Verfügung stehenden Person, die mit dem Wesen, dem Gebrauch und der Wirkung der Anlage völlig vertraut ist, überwacht werden. Nur durch sie kann die dauernde gute Erhaltung des sachgemäßen Bauzustandes und die bestmögliche Ausnutzung der Kulturanlage für alle Grundstücke gewährleistet werden. Der Wärter sollte gewisse technische Kenntnisse besitzen. Kulturtechnische Lehrgänge, wie sie z. B. vom schlesischen Verein zur Förderung der Kulturtechnik mit gutem Erfolg abgehalten werden, sollten auch bei uns eingeführt werden. Die Landwirtschaftskammer hat bereits in dieser Hinsicht bei einer Musterdränierung den Anfang gemacht. Die Einstellung und Unterweisung von Kriegsinvaliden als Wiesen-, Fluß-, Damm- und Teichwärter sollte erwogen werden.

Jeder Kreis sollte außerdem 2—6 Kulturvorarbeiter oder Aufseher auf seine Kosten aufstellen. Diese dem Arbeiterstand entnommenen Leute müßten durch längere Schulung alle einschlägigen Kulturarbeiten voll und ganz beherrschen, bevor sie der Kreis ernennt.

Die ausgeführten Anlagen sind mindestens einmal jährlich unter Zuziehung des Genossenschaftsvorstandes zu kontrollieren. Nach der Vollzugsvorschrift z. W. G. heißt es „von Zeit zu Zeit" ist die Anlage von der technischen Behörde zu besichtigen. Es wäre der Sache besser gedient, wenn das Gesetz sich hier bestimmter ausgedrückt, d. h. die Kontrolle der ausgeführten Anlagen in bestimmten Zeiträumen vorgeschrieben hätte.

Vorstehende Ausführungen dürften gezeigt haben, daß die Aufgaben zur Förderung unserer Landeskultur sehr vielseitig und daß die einzelnen Gebiete nicht selten sehr eng miteinander verknüpft sind. Es läßt sich oft nicht feststellen, wo das eine Gebiet aufhört und das andere anfängt. Bei all den Unternehmungen ist aber immer nur die technische Seite Mittel zum Zweck. Die landwirtschaftliche Behandlung ist fast überall überwiegend, deshalb muß auch der Kulturtechniker die einschlägigen landwirtschaftlichen Kenntnisse beherrschen. Dänkelberg, der bekannte und eigentliche Begründer der Meliorationslehre in Deutschland, schreibt: „Nur der mit ausreichenden landwirtschaftlichen Kenntnissen ausgestattete Kulturtechniker ist imstande, die eigentliche Form und Weise der Bodenverbesserung in jedem einzelnen Fall bei den verschiedenartigsten Verhältnissen des Bodens und Klimas herauszufinden."

Es hat sich aber auch gezeigt, daß durch die Kulturtätigkeit nicht nur die Landwirtschaft gegen alle Wasserschäden geschützt wird, sondern auch die Wasserverhältnisse derart geregelt werden, daß aus den guten Eigenschaften des fließenden Wassers der größte Nutzen gezogen werden kann.

Aufgabe des Meliorationstechnikers muß es nun sein, in engster Fühlung mit den Beteiligten den Bauentwurf sachgemäß aufzustellen und zur Ausführung zu bringen. Die obwaltenden pedologischen und klimatischen Verhältnisse, der Pflanzenbestand, die wirtschaftliche und insbesondere die finanzielle Seite der Kulturunternehmer sind hierbei wohl zu berücksichtigen. Größte Sparsamkeit ist endlich Voraussetzung. Auch die Eigenart des landwirtschaftlichen Betriebs der betreffenden Gegend muß vom Kulturtechniker wohl beachtet werden.

Unter diesen Voraussetzungen dürfte es möglich sein, die in Baden zu meliorierende Fläche von über 150 000 Morgen immer mehr und vielleicht in rascherem Tempo als bisher zu verbessern. Es soll jedoch nicht verhehlt werden, daß die Ausführung von Kulturanlagen wesentlich zu erleichtern sein würde, wenn ein Geldinstitut geschaffen werden könnte, das für Meliorationen jeglicher Art Darlehen zu einem billigen Zinsfuß und langfristiger Tilgung zur Verfügung stellen würde. Eine solche Anstalt besteht bereits in fast allen deutschen Bundesstaaten. Es wäre nur zu wünschen, daß auch in Baden die beteiligten Kreise in dieser äußerst wichtigen Sache den Weg ebnen und das Haupthindernis bei Ausführung von Kulturverbesserungen beseitigen. Ein Schritt ist bereits durch Gründung der Siedlungsbank getan. Hoffen wir, daß ihm der mindestens ebenso wichtige zweite Schritt in Bälde folge.

Politische Neuigkeiten.

Dr. Friedbergs Lufthieb.

Zur Annahme des Reichsnotopfers führt ein Berliner Artikel der „Frankfurter Ztg." folgendes aus: „In normalen Zeiten würde ein so gewaltsamer Eingriff in unser gesamtes Wirtschaftsleben nicht möglich gewesen sein; heute erfordert die Not der Zeit große Mittel, Mittel, deren Aufbringung in ihrer letzten Tragweite noch nicht völlig zu übersehen ist. Aber dafür tragen die die Verantwortung, die das deutsche Volk in diese Notlage gebracht haben. Die **Deutsch-Nationalen** und die **Deutsche Volkspartei** haben nicht das Recht, klagend über die gegenwärtige Regierung herzufallen, die das schwere Amt des Konkursverwalters hat übernehmen müssen und die nun versuchen muß, die durch die verfehlte Kriegspolitik der Rechten verursachte Schuldenwirtschaft zu beseitigen. Es gibt nur zwei Wege: Entweder es gelingt, durch das Ausschöpfen aller Steuerquellen den vorhandenen Fehlbetrag zu decken oder das deutsche Volk steht vor dem **Staatsbankrott.** Mögen auch die Opfer, die jetzt die Steuerpolitik der Reichsregierung von jedem fordert, noch so hoch sein — sie würden ins Unvergleichliche wachsen, wenn unser ganzer Staatsorganismus zusammenbrechen würde! Aus diesem Verantwortungsgefühl heraus hat sich

die **demokratische** Fraktion der deutschen Nationalversammlung **trotz** schwerer wirtschaftlicher und außenpolitischer Bedenken zugunsten des Reichsnotopfers entschieden. Nicht leichtfertig ist dieser Entschluß gefaßt worden; in vielen Beratungen sind die Gründe und Gegengründe gegeneinander abgewogen worden. Aber wer Gegner einer Katastrophenpolitik ist, wie sie von rechts her in voller Gemeinschaft mit den **Unabhängigen** vertreten wird, der muß den Willen zur Tat haben.

Um so bedauerlicher ist es, daß Dr. Friedberg, der Führer der Demokraten in der preußischen Landesversammlung, im letzten Augenblick der Nationalversammlungsfraktion mit einem scharfen Vorstoß gegen das Reichsnotopfer und gegen die Person des Reichsfinanzministers in den Rücken gefallen ist. Niemand würde es ihm verdacht haben, wenn er **sachliche** Bedenken geäußert hätte, die sachlichen Bedenken, an denen auch die demokratische Fraktion der Nationalversammlung nicht achtlos vorübergegangen ist. Aber es spricht nicht für eine überlegene Führerschaft, wenn Herr Dr. Friedberg bei seinem Vorstoß mit geheimnisvollen Andeutungen arbeitete, für die er nach seiner eigenen Angabe keine feste Unterlage hatte. Der Abgeordnete Friedberg wollte gehört haben, daß Erzberger das Gutachten des Reichsjustizministeriums in irreführender Form mitgeteilt habe, daß er ein erstes Gutachten vollkommen verworfen und daß er den Anfang und den Schluß eines solchen Gutachtens verdreht habe. Er mußte aber nach diesen starke Erregung erweckenden Behauptungen selbst ausdrücklich hinzufügen: „Ich weiß nicht, was an diesen Behauptungen richtig ist." Dieses Vorgehen verdient uneingeschränkte Mißbilligung. Als Mitglied der Koalitionsparteien, als Führer der demokratischen Fraktion in der preußischen Landesversammlung hätte Herr Dr. Friedberg jederzeit die Möglichkeit gehabt, sich bei dem ihm seit langem politisch nahestehenden Reichsjustizminister Schiffer nach den feststehenden Tatsachen zu erkundigen, anstatt mit unbegründeten Behauptungen die Politik seiner eigenen Partei aufs schwerste zu gefährden. Es war selbstverständlich, daß hiergegen die demokratische Fraktion einmütig Stellung nehmen würde. Sie hat es heute (am 18. Dez.) getan, und zwar unter Mißbilligung des Verhaltens des Herrn Dr. Friedberg, nachdem festgestellt worden war, daß seine Andeutungen den Tatsachen widersprechen. Auch die obersten Instanzen der demokratischen Gesamtpartei werden an diesem Vorgang nicht vorübergehen können, denn nichts ist gefährlicher für die politische Entwicklung Deutschlands, als wenn sich die Träger der Regierungspolitik vor den Augen der zähen Opposition von rechts und links selbst zerfleischen. Gerade das Gegenteil von dem, was er beabsichtigte, hat Herr Dr. Friedberg erreicht. Er hat Herrn Erzberger einen billigen Triumph verschafft — wie es immer geschieht, wenn man mit unbegründeten Argumenten in der politischen Arena hervortritt."

Nicht einmal den Dank der Deutsch-Nationalen erntet, wie der Artikel sodann weiter ausführt, Herr Dr. Friedberg. Die **„Kreuzzeitung"** spricht von einem höchst sonderbaren Vorgehen und schreibt ganz zutreffend:

„Herr Friedberg hatte die Möglichkeit, sich bei dem Leiter des Reichsjustizamtes, seinem Parteifreunde Schiffer, zu erkundigen, hatte also die Möglichkeit, mit ganz bestimmten unbezweifelbaren Angaben hervorzutreten. Ja, noch mehr! Wenn **richtig** ist, was er mitgeteilt hat, so wäre es von vornherein Pflicht des Ministers Schiffer gewesen, Herrn Erzberger offen zurechtzuweisen. Davon durfte ihn keine Koalitionsrücksicht, konnte ihn nur der Mangel an moralischem Mut abhalten."

In ähnlichem Sinne äußert sich auch die **„Deutsche Tageszeitung"**:

„Herr Dr. Friedberg hat sich gestern namentlich gegenüber dem Abgeordneten Hugenberg in der Rolle des **parlamentarischen Routiniers** gefallen. Dann weiß er auch, daß, wie die Verhältnisse heute in der Mehrheit liegen, in der dritten Lesung, zwei Stunden vor der letzten Abstimmung über einen Gesetzentwurf, das Schicksal nicht mehr zu wenden ist. Weshalb wurde er sich seiner Verantwortung **gegenüber der Öffentlichkeit** nicht einige Tage früher bewußt? Wie infolge seiner Schweigsamkeit die Dinge gelaufen sind, hat er **sachlich** gar nichts erreicht und moralisch Herrn Erzberger genützt, der um so mehr auf seinen positiven Erfolg pochen kann, als er ihn mit Hilfe der eigenen Parteifreunde Friedbergs errungen hat."

Die Antwort der Alliierten

soll heute an Herrn von Lersner überreicht werden. **Wie das W.-T.-B.** meldet, ist sie in entschlossenem Tone gehalten und wird der deutschen Regierung klar die Notwendigkeit zu verstehen geben, daß sie, wenn sie ihren guten Willen an den Tag legen wolle, das **Protokoll vom 1. November unterzeichnen müsse.** Immerhin wird, falls eine von den Alliierten anzustellende Untersuchung feststellen sollte, daß das verlangte Material nicht mit dem in den deutschen Häfen wirklich vorhandenen übereinstimmt, wie dies von den deutschen Marinesachverständigen dargelegt wurde, eine entsprechende **Herabsetzung** vorgenommen.

Die Notwendigkeit der Zwangswirtschaft.

* Das Hauptorgan der württembergischen Sozialdemokratie, die „Schwäb. **Tagwacht**", schreibt hierzu: „Wenn die deutsche **Bevölkerung** bis zum Frühjahr 1920 **noch** Fleisch essen und in ihrer Mehrzahl nicht barfuß laufen will, so ist es höchste Zeit, daß die gesamte **Ledererzeugung** so schnell wie möglich wieder der Zwangsbewirtschaftung unterworfen wird. Die Schwarzschlachtungen sämtlicher Arten von Groß- und Kleinvieh stehen zurzeit in Blüte wie noch nie. Die Metzger sind zu den Handlangern der begüterten Bauern herabgedrückt, und gar oft kommt es vor, daß Erzeuger dem Metzger ihr schwarzgeschlachtetes Fleisch zum Kauf anbieten mit der Bemerkung: „Das Fleisch brauchen wir nicht, aber die Haut!"

Der Umstand, daß die Bauern bei Notschlachtungen die Haut ohne Rückvergütung für sich behalten dürfen, während sie bei angemeldeten Schlachtungen vier Zehntel des Hauterlöses abliefern müssen, ist eine wahre Anreizprämie zu Not- und Schwarzschlachtungen aller Art. Schwarzschlachtungen werden sich aber künftig noch vermehren, wenn es nicht gelingt, die Gerber sofort zu strenger Buchführung über die Herkunft aller Häute zu verpflichten und sämtliche Häute unverwischbar zeichnen zu lassen. — Es ist geradezu ein Skandal, wenn man jetzt sieht, wie landwirtschaftliche Erzeuger am hellen Tage ihre frischen not- und schwarzgeschlachteten Häute zum Gerber tragen und fünf Minuten darauf schon schmunzelnd mit einem Arm voll gegerbten Leder von dannen ziehen. Die Folge davon ist, daß in kurzer Zeit die Schuhmacher ihr Leder nicht mehr von den Lederhandlungen zu kaufen brauchen, denn sie können es dann ohne viel Mühe von den Bauern haben. Wenn man sodann noch die vielen wilden Häutehändler betrachtet, wie sie die fabelhaftesten Preise bezahlen, dann muß es einem vor der Zukunft geradezu bange werden.

Die Durchlöcherung der Zwangswirtschaft hat aber nicht nur beim Leder, sondern auch beim **Hafer** zu skandalösen Zuständen geführt, und wenn das deutsche Volk im kommenden Sommer ein sehr teutes und knappes Brot haben wird, so ist daran vor allem auch die unkluge **freie und Pflichthaferbewirtschaftung** schuld. Es ist den Landwirten tatsächlich kaum zu verübeln, daß sie den Doppelzentner **Pflichthafer** nicht zu 41,50 Mark abliefern wollen, während sie für den Zentner freien **Hafer** bis zu 80, ja sogar 100 und noch mehr **Mark** bekommen.

Die Aufhebung der Zwangswirtschaft ist ein Unding, insolange Deutschland nicht in der Lage ist, seine Valuta zu heben und mehr und billigere Lebensmittel einzuführen."

Die Danziger Warnung.

Aus Danzig wird dem „Vorwärts" geschrieben:

„Von Schneidemühl bis in die Nähe von Riga erstreckt sich der **neue Balkan des Ostens**, den die siegestrunkene Entente geschaffen hat, um die Wiederaufrichtung Deutschlands durch eine irgendwie geartete Verbindung mit Rußland für ewig zu verhindern. Leider **verkannte** die sozialdemokratische Partei Danzigs so sehr ihre historische Aufgabe, daß sie sich vor wenigen Wochen in einer „Vereinigung" ganz den **Unabhängigen** verschrieb. Man bildete in einer Vertrauensmännerversammlung, die in ihrer Mehrheit aus Unabhängigen bestand, mit Rücksicht auf die am 14. Dezember stattfindenden Stadtverordnetenwahlen eine neue „Sozialistische Partei", die sich grundsätzlich auf den Boden der „Diktatur des Proletariats" stellte.

Über diese Politik fand nun am Sonntag, den 14. Dezember, bei der Stadtverordnetenwahl eine **Volksabstimmung** statt. Vor allem andern ist bemerkenswert, das über **alle Erwartungen ungünstige Resultat für die „Sozialistische" Diktaturpartei.** Während die Sozialdemokratie bei der Nationalwahl von 107 850 Stimmen, mit Anrechnung der wenigen Unabhängigen, 46 482 Stimmen erhielt und bei der preußischen Landeswahl immer noch 40 000 Stimmen erzielte, konnte die „Sozialistische Partei" **jetzt von 89 236 Gesamtstimmen nur 27 257 Stimmen, also noch nicht ein Drittel** und wenig mehr als die Hälfte der Stimmen des Januar, festhalten. **Von 66 Stadtverordneten** erhält sie, **in hoffnungsloser Minderheit, nur 20 Sitze.**

Dieser Rückgang ist beispiellos und drückt der Wahl den Stempel auf. Das markanteste Gegenstück ist die Tatsache, daß die „Deutschnationalen" seit der Nationalwahl noch 3000 Stimmen gewannen. So schwer hat es sich, so schließt das soz. Zentralorgan, gerächt, daß die Danziger Sozialdemokratie **den abschüssigen Weg der Diktatur gegen die Demokratie** gegangen ist. Die Wählerschaft nahm schroff gegen den Terror der Diktatur und die nationale Indolenz Stellung."

Kleine Nachrichten.

* **Die Verhaftungen unter den deutschen Kriegsgefangenen.** Das Kriegsgericht in Lille erließ zahlreiche Haftbefehle **gegen deutsche Soldaten und Offiziere**, die wegen Verbrechens im besetzten Frankreich verfolgt werden. Drei Leutnants und ein Hauptmann wurden in die Zitadelle in Lille eingeliefert.

Badische Ueberlicht.

Aus der badischen Bauernbewegung.

BC. In einer Anzahl badischer Blätter war berichtet worden, der Bad. Bauernbund habe sich mit der Vereinigung kleiner und mittlerer Landwirte in Freiburg zu einem Verbande, den Vereinigten Landwirten Badens, verschmolzen. Hierzu wird uns von der Geschäftsstelle des Bad. Bauernbundes folgendes mitgeteilt: Der Bad. Bauernbund ist der Auffassung, daß der Zusammenschluß aller badischen Bauern in eine einzige machtvolle wirtschaftspolitische Vereinigung für die Bauernschaft Badens eine dringende Notwendigkeit ist. Er begrüßt es deshalb freudig, wenn sich die andern wirtschaftspolitischen Vereinigungen ihm anschließen. Sollten sich diese nicht zum Beitritt zum Bad. Bauernbunde entschließen, so ist der Bad. Bauernbund bereit, mit ihnen einen Landesverband zu bilden. Die von der Vereinigung kleiner und mittlerer Landwirte in Freiburg ausgehende Mitteilung, der Bad. Bauernbund sei in dieser Organisation aufgegangen, die neue Gründung trage den Namen „Vereinigte Landwirte Badens" entspricht nicht der Sachlage. Die Vereinigung kleiner und mittlerer Landwirte hat offenbar infolge eines Irrtums einen nicht von uns ausgehenden Vorschlag, zu dem der Landesausschuß des Bad. Bauernbundes noch nicht einmal Stellung genommen hat, als vollendete Tatsache aufgefaßt und der Öffentlichkeit übermittelt. Damit sind auch die an die Nachricht von der Neugründung geknüpften Behauptungen über die Schaffung einer Agrar-Partei ohne tatsächliche Grundlage. Ebenso ist der Bad. Bauernbund weder durch seinen Vorstand, noch durch seinen Geschäftsführer, noch durch sonst einen Beauftragten, am Zustandekommen einer an die Bauern gerichteten Weisung wegen des Milchpreises beteiligt, die unter dem Namen „Vereinigte Landwirte (ehemals Bad. Bauernbund und Vereinigung kleiner und mittlerer Landwirte)" von Freiburg aus verbreitet wurde.

Zur Milchprämienfrage.

oc. Eine vom bad. Molkereiverband veranstaltete Versammlung der Molkereien des Seegaus, der die Amtsvorstände, Bezirkstierärzte u. Landwirtschaftslehrer zahlreicher Orte anwohnten, sprach sich in einer Entschließung dahin aus, daß das Milchprämiensystem in der Praxis undurchführbar und geeignet ist, bei den Landwirten die größten Unzufriedenheiten hervorzurufen. Statt der Prämien soll ein den Verschutz die ihm heute noch fehlende Arbeitsstätte erhält, von der aus er forschend und belehrend wirken kann. Je eher das geschieht, um so besser für die Menschheit, und im besonderen auch für das deutsche Volk!

Die Aufgaben des Naturschutzes bei der Volksernährung.

Von Professor **Konrad Guenther**-Freiburg.

Der Naturschutz ist ein neues Gebiet der Botanik und Zoologie, dessen Bedeutung und Ausdehnungsfähigkeit erst von wenigen erkannt worden ist. Und doch wird er es sein, der sowohl in idealer, als auch in praktischer Hinsicht wesentlich an dem Neuaufbau unseres Vaterlandes mitwirken wird. Bedenken wir einmal zunächst die praktische Seite. Es ist die Aufgabe des Naturschutzes, den augenblicklichen Bestand an Tier- und Pflanzenarten unserer Heimat zu erhalten, soweit sich das mit den Kulturinteressen vereinen läßt. Es soll nach Möglichkeit keine Tier- oder Pflanzenart ausgerottet werden, die Natur muß ihre Reichhaltigkeit an **verschiedenen** Gestalten behalten.

Für den Naturfreund ist diese Forderung selbstverständlich, denn der Reiz der Natur, ihre Schönheit und ihre Kraft als interessanteste Lehrerin, die es gibt, beruht auf ihrem Reichtum, ihrer Mannigfaltigkeit und Unerschöpflichkeit. Aber leider sind es heute immer noch sehr wenige, die es verstehen, Freude und Belehrung aus der Natur zu schöpfen. Dagegen werden wohl alle jene Forderung unterschreiben, wenn sie erfahren, daß ohne ihre Erfüllung die Erträge unserer Kulturen langsam, aber sicher zurückgehen müssen. Und auch von dieser Seite die Notwendigkeit des Naturschutzes nachzuweisen, habe ich mir schon seit längerer Zeit zur Aufgabe gesetzt. (Siehe mein Buch „Der Naturschutz", Stuttgart.)

In früheren Jahren faßte der Arzt seinen Beruf nicht anders auf, als daß er Krankheiten durch Arzneien zu vertreiben suchte. Heute weiß er, daß man den Krankheiten vorbeugen muß, indem man den **Körper** gesund erhält, und daß auch bei Ausbruch der Krankheit vor allem der Körper zu kräftigen ist, und zwar in allen seinen Teilen, da er die Anfälle am besten und dauerndsten selbst überwindet. Gerade so wie der Körper im kleinen, ist aber die Natur einer Gegend im großen ein Organismus; auch in ihr arbeiten alle Teile zusammen, um die Harmonie des Ganzen zu wahren. So sind z. B. zur Befruchtung des Klees die Hummeln notwendig, und in Neuseeland hat der Klee so lange keinen Samen angesetzt, als bis die der Insel fehlenden Insekten dorthin gebracht wurden. Die Hummeln aber bauen ihre Nester in der Erde, und hier fallen sie häufig den Feldmäusen zum Opfer, die sowohl den Honig, als auch die Hummelbrut gern verzehren. Die Mäuse ihrerseits fallen Wiesel, Fuchs, Bussard, Turmfalk und Eulen zur Beute. So ist die Fruchtbarkeit des Klees vom Bestande der letzteren Tiere abhängig. Denn diese halten die Mäuse in Schach, die bei zu starker Vermehrung die Hummeln vernichten würden, welche letztere dann nicht zur Befruchtung des Klees kämen. Alle diese Tiere haben natürlich noch andere Feinde, die wieder von Pflanzen abhängig sind, sei es, daß sie in ihnen ihre Nester bauen oder daß ihre Beutetiere davon leben. So gibt es ein kompliziertes Gewebe hin und her laufender Fäden, und so erklärt sich die schon oft beobachtete Tatsache, daß bei Ausmerzung eines Tieres Schäden oft an ganz unvermuteter Stelle herauskamen. Die Natur aber bleibt nur gesund, wenn das Gleichgewicht ihrer Teile gewahrt wird, und die Raubtiere sind ebenso notwendig wie die Beutetiere, da sie diese durch Vernichten der Schwachen und Kranken kraftvoll und gesund erhalten.

Auch unsere Kulturpflanzen entstammen der Natur und können ebenso wenig wie der Mensch bei dauernder Fernhaltung von ihr gesund bleiben. Auch ihre Kraft bleibt nur erhalten bei Tätigkeit und Übung und auch beim Kampf gegen Feinde. In Wechselwirkung mit anderen Organismen sind sie erwachsen und dadurch zu harmonischen Wesen geworden. Diese stete Korrektur der Umwelt fehlt ihnen heute vielfach, sie muß ihnen aber werden, denn die Macht des Menschen reicht nicht bis in die kleinsten Lebensteilchen hinein. Jener Standpunkt des Arztes ist von der Landwirtschaft bisher nicht angenommen worden. Nur mit Apothekermitteln bekämpft man die Krankheiten der Kulturen, und gar bei den Reben hat man mit Giften so gründlich alle Organismen aus den Weinbergen entfernt, daß der Schaden sich bereits bemerkbar macht, und man überall über „Altersschwäche" des Weines klagen hört.

Die natürliche Hilfe einer Tiergruppe, nämlich der Vögel, hat man erkannt; man sucht diese Vertilger der schädlichen Insekten der Obst- und Waldbäume zu vermehren und mit bestem Erfolg für die Erträge. In Amerika hat man mit der Vermehrung des Marienkäfers, deren Nahrung Läuse bilden, gute Ergebnisse erzielt. Das alles sind viel versprechende Anfänge zu einer großen durchgreifenden Arbeit, eben der des Naturschutzes. Dieser hat zu untersuchen, wie die Tiere und Pflanzen zusammenhängen, und welches die den einzelnen notwendigen Lebensbedingungen und Mitorganismen sind. Er hat ferner zu erforschen, welche Tiere oder Pflanzen in zu geringer Zahl bei uns vorhanden sind, wie sie vermehrt werden können, und wenn das geschehen, welche Wirkungen sich ergeben haben. Und endlich ist festzustellen, welchen Einfluß die gesteigerte Kultur auf dieses oder jenes Lebewesen gehabt hat und ob und wie er, wenn er vernichtend war, aufgehoben werden kann.

Das ist ein weites Arbeitsfeld! Eine ganz neue Wissenschaft tut sich hier vor unseren Augen auf, der ganz gewiß die Zukunft gehört. Und es muß der Tag kommen, wo der Naturschutz die ihm heute noch fehlende Arbeitsstätte erhält, von der aus er forschend und belehrend wirken kann. Je eher das geschieht, um so besser für die Menschheit, und im besonderen auch für das deutsche Volk!

Büchertisch.

Hans Flesch: Baltasar Tipho. (E. P. Tal u. Co., Verlag, Leipzig. Preis gebunden 10 M.) Aus dem Klassenhaß und der fortschreitenden Mechanisierung des Lebens, diesen beiden Grundproblemen unserer gesellschaftlichen Verhältnisse, zieht der Dichter die Folgerungen und gestaltet eine Lebensform, die alle Laster und Leidenschaften unserer Gesellschaft in einer scheinbar verzerrten, aber dennoch schmerzhaft wahren Vergrößerung enthält. Für diesen Zustand, zu grausam scheinend für die Erde, schafft er mit kühnem Entschluß die Karina, einen Stern, der sich im Kambrium von unserem Planeten losgelöst hat. Dort — 2000 Jahre nach der Geburt der Maschine — wo alle bösen Instinkte sich in unbarmheriger Weise entfalten, herrscht als Inkarnation der brutalen Gewalt Baltasar Tipho, Abgott der regierenden Oberschicht, Tyrann der versklavten Unterschicht in einem tosenden Wirbel der Begierden und Lüste. Ein grauenvoller Materialismus hat jedes menschliche Gefühl von der Kauina verbannt, im „Hause des Herzens", das zwei seltsame Frauen bewohnen, hat es seine einzige Zuflucht. In diesem Hause, das Baltasar Tipho auf einer Reise der Sensationen findet, erhebt sich der schicksalhafte Kampf wischen dem Gefühl und der Maschine. Gewaltig schwillt er an, immer höher steigt die Trombe der Leidenschaften, bis über dem Zusammenbruch des unterliegenden Baltasar Tipho, der in den Händen der entfesselten Sklaven verendet, die erlöste Liebe oder einer entmenschten Welt wieder ersteht. Das klingt wie ein Märchen und ist es doch nicht. Nur um die Fülle der bizarren Vorfälle, der ungeheuerlichen Ereignisse und verwirrenden Wunder einer prahlerisch wuchernden Maschinenwelt in wenigen Worten ordnen zu können, müssen in einfachen menschlichen Symbolen die Geschicke gezeigt werden. Eine glühende Phantasie ist am Werk. Nie aber wird das Geschehnis zum Scheingefecht. Noch in dem rasenden Tempo, in dem wir durch das Buch gejagt werden, erkennen wir auch in der absonderlichsten Einzelheit den Reichtum an tiefer Bedeutung, an Beziehung zu den Verbrechen auf unserm eigenen Planeten.

Dr. Bessels Verwandlung. (Roman von Ludwig Wolff. Preis gebunden 11 Mark. Verlag Ullstein u. Co., Berlin.) Menschlich, mitleidsvoll ist die Grundstimmung des Romans, von dem eine dramatische Spannung ausgeht wie von Ludwig Wolffs „Spielern", und der über die Sensationen des Stoffes in tiefste Rätsel der Seele weist.

hältnissen angemessener Milch- und Butterpreis festgesetzt werden. Die heutigen Milch- und Butterpreise decken die Produktionskosten nicht mehr.

Die Lage des badischen Arbeitsmarktes.

Nach den hier eingegangenen Meldungen der Arbeitsämter und Bezirksarbeitsnachweise in Baden ist die Lage des Arbeitsmarktes in der Berichtswoche vom 8. bis 14. Dezember im wesentlichen unverändert geblieben, da die in einigen Bezirken erzielte Besserung in der Arbeitslosigkeit durch die inzwischen eingetretene Verschlechterung anderer Bezirke ausgeglichen wird. Besonders ungünstig macht sich dabei wieder der erhöhte Kohlenmangel bemerkbar, der Veranlassung zu neuen Einschränkungen und Schließungen in den Betrieben gab. Aber auch ein Mangel an Rohmaterial ruft besonders im Nahrungsmittelgewerbe große Stockungen hervor. Infolge wieder eingetretener kälterer Witterung in der Berichtswoche mußten auch die Arbeit im Baugewerbe sowie einige Notstandsarbeiten vermindert werden. Wo eine Unterbringung von einer größeren Anzahl von Arbeitskräften möglich wäre, wie z. B. in Pforzheim, trat die **außerordentliche Wohnungsnot** hemmend dazwischen, obgleich dort schon seit einiger Zeit Maßnahmen zur Beseitigung des Übels im Gange sind. Der neu gegründeten Bezirksstelle Hagenschieß der Bad. Land- und Siedelungsbank G. m. b. H. wurden bereits 100 Notstandsarbeiter für Waldarbeiten überwiesen, und man hofft, daß die dort im Erstehen begriffenen **Kleinwohnungsbauten** schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1920 bezogen werden können.

In der **Landwirtschaft** haben Nachfrage und Angebot nachgelassen, es werden nur noch Mädchen gesucht, die melken können. In der **Metall- und Maschinenindustrie** macht sich wieder eine größere Nachfrage nach gelernten Arbeitskräften bemerkbar, in der **Holzindustrie** ist die Lage noch dieselbe, die Nachfrage ist groß, dagegen das Angebot gleich Null. Die **Bekleidungsindustrie** hat sich in der letzten Zeit sehr zu ungunsten der Schuhmacher entwickelt, und im **Vervielfältigungsgewerbe** besteht überhaupt keine Nachfrage nach Arbeitskräften. Im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe, sowie für häusliche Dienste werden nach wie vor Küchen-, Haus-, Zimmermädchen und Köchinnen in großer Zahl verlangt, der Bedarf kann immer noch nicht gedeckt werden. Mangel besteht außer diesen Letztgenannten noch an Ofensetzern, Simsformern, Elektromonteuren, Hammerschmieden für 4000 Kg. Hammer, Kesselschmieden, Schleifern, Formern, Gießern, Lederpolsterern, Holz- und Kellerküfern, Möbelschreinern, Wagnern und Schneidern.

Betriebseinschränkungen und Schließungen mußten wegen Mangels an Rohmaterial und Kohlen wieder in mehreren größeren Betrieben vorgenommen werden mit insgesamt 920 Arbeitskräften. Zwei weitere Firmen mußten wegen Mangels an Aufträgen vorübergehend eine größere Anzahl von Arbeitern entlassen. Außerdem wurden in Lahr bei der Volkswehr 70 Leute entlassen, und noch weitere Einschränkungen stehen bevor wegen Kohlenmangels.

Der **Stand der Erwerbslosen** ist in dieser Woche 8004 gegenüber 8005 in der Vorwoche. **Unterstützungen** wurden im Bereiche der Landesstelle für Baden ausbezahlt: in der Berichtswoche 253 528 M., in der Vorwoche 291 376 M. und insgesamt seit November 1918: 28 041 301 M.

Mit **Notstandsarbeiten** waren in der Berichtswoche 5031 Erwerbslose beschäftigt, in der Vorwoche waren es 5149.

Zum Kampf gegen das Schiebertum und die Schleichhändler.

oc. **Windschläg** b. Offenburg, 22. Dez. Den Grenzwächtern ist es gelungen eine Schafherde von 368 Stück, die **nach Frankreich verschoben werden sollte**, kurz vor der Grenze abzufangen. Der Hirt wurde **verhaftet** und die Herde nach Offenburg geführt. Jenseits der Grenze waren **bereits 12 franz. Kraftwagen** bereitgestellt, welche die Tiere nach Frankreich befördern sollten. Wenige Tage zuvor war es einem **anderen Schäfer gelungen**, 200 Schafe über die Grenze zu bringen.

Kurze Nachrichten aus Baden.

BC. **Der Badische Lehrerverein und die Oberlehrerfrage.** Der Badische Lehrerverein hat eine Eingabe über die kollegiale Schulverwaltung und die Wahl der Oberlehrer an der Volksschule gemacht, in der es heißt: „Ohne unseren eingehenderen Darlegungen zu diesen Fragen bei den Vorschlägen zur Neugestaltung des Schulwesens vorgreifen zu wollen, richten wir an das Unterrichtsministerium die Bitte, schon jetzt einen entgegenkommenden Schritt in der Richtung zur Selbstverwaltung tun zu wollen und der Lehrerschaft, auch auf dem Lande, ein Mitbestimmungsrecht bei der Ernennung von Rektoren und Oberlehrern zu gewähren.

* **Nr. 80 des Badischen Gesetzes- und Verordnungsblattes** hat folgenden Inhalt: Gesetz: die Änderung des Wohnungsgeldgesetzes betreffend. Verordnung und Bekanntmachung: des Ministeriums des Innern: die Arzneitaxe betreffend; des Justizministeriums: die Bildung eines besonderen Standesamtsbezirks in der Stadtgemeinde Heidelberg betreffend.

oc. **Offenburg**, 23. Dez. Von den militärischen Baulichkeiten, die mit einem **Kostenaufwand von über 2½ Millionen Mark** erbaut worden sind, hat die Stadt bereits die Mannschaftsgebäude übernommen und dort mit 90 000 M. 69 Notwohnungen errichtet, die eine Mietseinnahme von 24 000 M. gewährleisten.

oc. **Freiburg**, 23. Dez. In Bellingen ist im 68. Lebensjahr Graf Robert von und zu Andlaw Homburg gestorben. Der Entschlafene war früher Mitglied der I. bad. Kammer und mit Feodora Freiin von Türcke verheiratet.

oc. **Freiburg**, 23. Dez. Der Stadtrat hat beschlossen, das bad. Arbeitsministerium um die Verfügung einer Anordnung zu ersuchen, wonach der **Zuzug (auch längere Besuche) nach Freiburg nur nach der vorherigen Genehmigung des Wohnungsamts** erfolgen darf. Ohne diese Genehmigung darf auch in Hotels, Fremdenheimen und dergl. der Aufenthalt die Dauer von 2 Wochen nicht überschreiten.

WTB. **Reichenau**, 22. Dezember. Gestern **kenterte auf dem Gnadensee** während eines heftigen Sturmes ein mit 5 Personen besetztes **Boot bei der Überfahrt. Alle 5 Personen ertranken.** Die Namen der Ertrunkenen sind: Frau Auguste **Böhler** und deren 13jährige Tochter, die ledige Amalie **Grießer**, die Tochter des Schreinermeisters Grießer aus Reichenau, dann die Gebrüder **Malbacher** aus Allensbach.

oc. **Konstanz**, 23. Dez. Wie der Personenzugverkehr, so bleibt auch der **gesamte Schiffsverkehr** auf dem Bodensee während der beiden Weihnachtsfeiertage und am **Neujahrstage vollständig eingestellt.**

Aus der Landeshauptstadt.

Deutschland und der Völkerbund.

kl. Über dieses Thema sprach vor kurzem in der Karlsruher **Ortsgruppe der** deutschen Friedensgesellschaft Landtagsabgeordneter Dr. **Kraus**. Er führte dabei u. a. aus: Nach fünf Jahren Weltkrieg und furchtbarstem Völkerkampf steht heute im Mittelpunkt der internationalen Politik der Völkerbundsgedanke und das Völkerfriedensproblem. Der Weltkrieg bedeutete insbesondere für unsere Frontsoldaten den furchtbarsten Zusammenbruch der Kultur des 20. Jahrhunderts und hieraus ist auch die Tatsache abzuleiten, daß, wie zumeist nach großen Kriegen, Mittel und Wege gesucht werden, die einer Wiederholung der Schrecken eines Krieges vorbeugen sollen. Der Gedanke eines Völkerbunds ist darum auch uralt. Die letzten 2000 Jahre sind aber dennoch ausgefüllt mit Völkerkämpfen und Kriegen, trotz der Lehren des Christentums von Völkergemeinschaft, Humanität und Nächstenliebe. Die politische Entwicklung richtet sich eben nicht nach idealen Wünschen und Programmen, sondern nimmt ihren natürlichen Lauf.

Nach der Völkerwanderung kam in Europa das Feudalsystem zur Herrschaft, dessen Souveränität auf Gewalt und Macht beruhte. Aus den kleinen und kleinsten Feudalstaaten wuchsen dann im Laufe der Zeit, durch gegenseitige Eroberungen Verträge usw. die modernen National- und Wirtschaftsstaaten heraus, die sich heute noch bekämpfen und sich heute noch stützen auf Macht und Gewalt. Der Gedanke des Völkerbundes marschiert aber unverkennbar, denn viele der kleinen Staaten und Stätchen sind nicht mehr und die großen Weltstaaten sind sich im Laufe der Zeit durch Kongresse, Verträge usw. hauptsächlich unter dem Zwang der wirtschaftlichen Verhältnisse doch näher gekommen. Die sich entwickelnde Weltwirtschaft hat die Wirtschaftsstaaten zur Errichtung internationaler Einrichtungen einfach gezwungen. Besonders im Laufe des Weltkrieges hat der Völkerbundsgedanke durch einflußreiche Männer an Kraft gewonnen, denn es war nicht nur Wilson, sondern auch hervorragende englische und französische Politiker, vor allem auch der Papst, die sich für einen Völkerbund aussprachen.

Durch den Gewaltfrieden von Versailles hat der Völkerbundsgedanke bei uns in Deutschland an Ansehen eingebüßt. Aber auch wir Deutsche müssen hinein in diesen Völkerbund, wenn er unsern Wünschen auch noch so wenig entspricht. Wenn Deutschland nicht von Anfang an in den Völkerbund aufgenommen wurde, so hat das verschiedene Gründe. Wir müssen heute mit der Tatsache rechnen, daß die ganze Welt erfüllt ist von Mißtrauen gegen uns Deutsche. Der Vertrag enthält aber weder ein Gebot noch ein Verbot der Aufnahme Deutschlands. Die Hauptgedanken des Völkerbundes sind die Abrüstung, Kontrolle der Kriegsindustrie, ein Schiedsgerichtsverfahren, das alle Fälle behandelt, die den Frieden gefährden könnten. Alle Völkerbundsmitglieder müssen daher ihre Hoheitsrechte in mancher Beziehung begraben. Um in den Völkerbund zu kommen, müssen wir versuchen, das Zutrauen der anderen Nationen zu gewinnen. Wir haben allen Grund, dafür zu sorgen, daß Deutschland bald im Völkerbund vertreten sein wird und mitreden kann.

Durch unsern Gegenvorschlag zum Wilsonschen Völkerbundsentwurfe haben wir uns ja übrigens bereits zur Völkerbundsidee bekannt. Der deutsche Gegenvorschlag hatte annähernd den gleichen Inhalt, war aber viel weitgehender. Werden die heute noch schwebenden politischen Fragen nicht durch einen Völkerbund gelöst, so fließen in Europa bald wieder Ströme von Blut. Zum Schlusse sprach der Redner noch über Pazifismus und Sozialismus. Die internationalen Gegensätze entstammen meist wirtschaftspolitischen Gründen. Solange wir kapitalistische Staaten hätten, könne kein wahrer Völkerbund erstehen. **Das Ziel** der Sozialisten aller Länder sei die internationale Wirtschaftsgemeinschaft, denn das sei Sozialismus.

oc. **Die Kartoffelnot.** Mit Rücksicht auf die außerordentlich kritische Lage der Kartoffelversorgung hat der Stadtrat beschlossen, gemeinsam mit den übrigen größeren Städten Badens die Frage zu erörtern, ob und in welcher Weise eine zwangsweise Abgabe von Kartoffeln durch die versorgten Haushaltungen an die nicht versorgten zweckmäßig und durchführbar erscheint. (In Karlsruhe ist etwa die Hälfte der Haushaltungen nicht versorgt.)

Badische Zeitungsstimmen.

(Für den Inhalt der hier veröffentlichten Zeitungsstimmen übernimmt die Redaktion keine politische Verantwortung. Die Zeitungsstimmen dienen dem Zwecke der Orientierung; sie sollen ein objektives Bild geben von den Stimmungen und Anschauungen, die in den Blättern des Landes zum Ausdruck gelangen.)

Die Bewegung für den Einheitsstaat.

bespricht der **„Badische Beobachter"** in einem Leitartikel, in dem u. a. folgendes ausgeführt wird:

„Daß Preußen zur treibenden Kraft hinter dem unitarischen Gedanken geworden ist und alles daran setzen wird, sein Ziel des Einheitsstaates zu erreichen, kann als gewiß betrachtet werden. Aber niemand hier unten im deutschen Süden wird soviel Gutmütigkeit und so wenig realpolitischen Blick besitzen, daß ihm nicht sofort klar wird, daß hinter dem Antrag in der preußischen Nationalversammlung Motive stehen, die eben in ihrer Herkunft rein preußisch sind. Man braucht nicht als Partikularist vom reinsten Wasser verschrien zu werden, wenn man gesteht, in diesen Fagen jeden Optimismus abgelegt zu haben. Immer wieder zu betonen, daß man keine Animosität gegen Preußen hege, sich aber gegen jedes Überhandnehmen der sog. **Berlinerei** wehre, ist sinnlos, denn die notwendige Folge jeder Beschneidung der bundesstaatlichen Selbständigkeit bedeutet eben nichts anderes als eine Verstärkung der Berlinerei. Wie weit Berlinerei und Preußentum ineinandergreifen oder sich in Gegensätzen stoßen, diese genaue Untersuchung sollten wir unsern norddeutschen Volksgenossen überlassen. Wenn Dr. Dröse in seinem Artikel gegen die Berlinerei eine scharfe Grenze zieht, ohne sich auch nur in einem Punkt energisch gegen den Gedanken der „Reichsprovinzen" zur Wehr zu setzen — womit er übrigens in merkwürdiger Konsequenz genau das Gegenteil von dem verficht, was in demselben Blatt vor wenigen Wochen Minister Dietrich anläßlich der Frage des Landesbesteuerungsgesetzes ausgeführt hat — so befindet er sich auf dem falschen Wege. Denn für uns lautet die Frage nicht: Einheitsstaat unter Ausschaltung jeder „Berlinerei" (Das Wort hat übrigens jede scharfe Begriffsumschreibung verloren) oder Bundesstaat, sondern Einheitsstaat überhaupt oder bundesstaatliche Selbständigkeit.

Der Wahlkampf aber, der, was hier festgestellt sei, mit dem Anschneiden des Problems „Einheitsstaat" angesetzt hat, wird die Frage im Schmelzofen leidenschaftlicher Agitationserörterungen aus der Fassung „Einheitsstaat oder Bundesstaat" dahin umschmelzen: hie Unitarismus, hie Partikularismus. Soweit wären wir dann nach nahezu einem halben Jahrhundert bundesstaatlicher Entwicklung!

Zu den einzelnen Klagen über ein Zuviel an Ministern und Parlamentariern wäre zu sagen: Angenommen der Gedanke des Einheitsstaates würde realisiert werden, dann fielen die einzelstaatlichen Minister und Parlamente weg. An ihre Stelle träten dann Oberpräsident und sog. Provinziallandtage. Wer glaubt, damit wären wir finanziell wesentlich erleichtert, der sehe sich nur einmal irgend eine Reichsstelle im Lande an oder vergleiche einmal die Gehälter unserer Minister (die Staatsräte erhalten nur Diäten für die Sitzungstage) mit denen der Referenten irgend einer Reichsstelle, die irgend eine höchst untergeordnete Einzelfrage bearbeiten. Mag die Landesstelle noch so umständlich arbeiten, ihr Apparat ist nichts gegen den einer Reichsstelle. Wir hätten also mit Namen und Rechtsfundierung gewechselt und hergegeben, finanziell ließe sich keinerlei nennenswerte Vereinfachung erzielen. Die Provinziallandtage aber, deren Notwendigkeit man offenbar ohne weiteres einsieht, ließen sich aber auch ohne Diäten nicht bilden. —

Die Einheitsstaat-Debatte ist eröffnet, sehen wir zu, daß wir nicht mit leeren Karten in den Kampf im Frühjahr ziehen. Entgegen den Ausführungen im preußischen Antrag auf Bildung eines Einheitsstaates hat „dieser Gedanke (vom Einheitsstaat) nicht allzusehr in allen Schichten unseres Volkes tiefere Wurzeln geschlagen." Es sind derer nicht wenige, die die freimütige Ablehnung des Gedankens durch den württembergischen Staatspräsidenten mit wärmster Sympathie begrüßen."

*

Zur gleichen Frage nimmt auch das demokratische **„Badener Tageblatt"** Stellung, das unseren vorgestrigen Artikel „Die Gefahr der Verpreußung" abdruckt und dazu bemerkt:

„Man wird wohl nicht fehl gehen in der Anahme, daß man es hier mit einer offiziösen Auslassung zu tun hat, daß also der Artikel die Ansichten der badischen Regierung wiedergibt. Es darf aber zugleich auch als eine erfreuliche Tatsache bezeichnet werden, daß sich die Regierung mit einer Schärfe, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt, gegen Berliner Bestrebungen wendet, die immer deutlicher erkennen lassen, daß man es auf eine Beseitigung bundesstaatlicher Selbständigkeit der einzelnen Staaten abgesehen hat. Wohin derartige Bestrebungen letzten Endes führen müssen, ist schon des öftern dargelegt worden, wir verweisen in dieser Hinsicht nur auf den Artikel „Baden den Badenern" in Nr. 294 dieses Blattes, in welchem dargelegt wurde, daß jetzt schon die in Baden gelegenen Reichsstellen nur zum kleinsten Teil mit Badenern besetzt werden. Man nimmt den Staaten ein Stück nach dem andern von ihren Rechten, bis dieselben eines Tages vor der Tatsache stehen, daß ihre Selbständigkeit für immer dahin ist. Darin liegt in der Tat eine große Gefahr für die Einheit des Reiches und man darf sich dessen versichert halten, daß die badische Bevölkerung sich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen diese „Gefahr der Verpreußung" wehren wird und sie wird in der Abwehr derselben einig und geschlossen dastehen."

Gegen die „Berlinerei"

schreibt Dr. Hermann Lauer im **„Donauboten"**:

„Minister Dr. **Wirth** hat in Karlsruhe vor wenigen Tagen eine viel beachtete Rede gehalten, um eine Anfrage des **Zentrums wegen Übernahme der badischen Eisenbahnen durch das Reich** zu beantworten. Nach der Reichsverfassung haben nämlich die badischen Bahnen an das Reich überzugehen, aber es soll doch „nach Möglichkeit" die Verwaltung und der Betrieb mit Badenern besetzt bleiben.

Das Wort **„nach Möglichkeit"** ist aber ein sehr **dehnbarer** Begriff, und es ist dem badischen Volke nicht rechtzeitig zum Bewußtsein gekommen, daß hier die Forderung: „Baden den **Badenern" eben doch schon durchbrochen** ist, und leicht noch stärker durchbrochen werden kann.

Diese Überraschung hängt damit zusammen, daß die Arbeit der Nationalversammlung erst wenig in Berührung mit den außenstehenden Volkskreisen gebracht wurde, eine Tatsache, die auch sonst in der parlamentarischen Tätigkeit hervortritt. Bis zu einem gewissen Grade mag es allerdings auch richtig sein, was Minister Dr. Wirth sagte, daß man in Baden zum Teil geschlafen hat. Es klingt wirklich unglaublich, wie man heute dagegen wettern kann, daß wir unsere Bahnen an das Reich abgeben. Man lese doch, wie der Finanzminister unter Zustimmung des Hauses ausführte, die Reichsverfassung in ihren Art. 87 und 171 nach. Darnach müssen sie an das Reich übergehen, **ob wir wollen oder nicht.** Der Landtag **kann sich nicht dagegen** stemmen.

Was wir können, hat Dr. Wirth unter allseitiger Zustimmung ausgeführt:

1. Wir können uns **nur gegen die sogenannte „Berlinerei"** wehren. Wir wollen nur unsere badische Eigenart dabei gerettet wissen und mit den gesetzlichen Mitteln durchsetzen, daß uns die Anstellung, Versetzung und Pensionierung der Eisenbahner erhalten bleibt.

2. Wir wollen mitsprechen bei Bildung des **Zentralrates** der Eisenbahnen, wohin wir auch schon einen höheren und zwei mittlere Beamte entsandt haben.

3. Wir wollen auch bei **Aufstellung des ersten Budgets** für die **Reichseisenbahnen** das für Baden Nötige hineinbringen und dabei manches seit Jahren Versäumte nachholen.

4. Besonders aber sollen die **Übernahmebedingungen des badischen Bahnen auf das Reich für uns gerecht gestaltet werden.**

Nun heißt es ohne Zweifel: **nicht mehr weiter geschlafen!** Sorgen wir, daß wir keine Zustände erhalten, die höchst unerquicklich werden könnten!"

Höhere Brot- und Kartoffelpreise.

Im **„Volksfreund"** lesen wir folgendes:

„Die bereits vor einiger Zeit angekündigte Absicht der Regierung, durch Gewährung von hohen Prämien die Landwirte zur Ablieferung ihrer Erzeugnisse zu veranlassen, soll jetzt greifbare Gestalt annehmen. Im Reichsrat wurde der Entwurf einer Verordnung über die Zahlung von Ablieferungsprämien für Brotgetreide, Gerste und Kartoffeln beraten. Dabei wurde mitgeteilt, daß die Ablieferung von Brotgetreide im vergangenen Jahre 2 030 000 Tonnen, im laufenden Jahre aber erst 1 100 000 Tonnen betragen habe. Es wurde erklärt, daß es nur ein Mittel zur Steigerung der Ablieferung gäbe, nämlich die wesentliche Erhöhung der Preise.

Welche Belastung diese Prämien für die Verbraucher darstellen, geht aus der Tatsache hervor, daß ihre Kosten auf eine Milliarde geschätzt werden, die durch Erhöhung des Mehl- bzw. Brotpreises eingebracht werden soll. Der Mehlpreis soll mehr als verdoppelt werden, die Erhöhung wird pro Doppelzentner 46,50 M. betragen, so daß der Preis für ein Brot im Gewicht von 2350 Gramm auf 2,45 Mark steigen wird. Der Erzeugerpreis für Kartoffeln wird um 2,50 Mark pro Zentner, also um mehr als ein Viertel erhöht werden. Reichen aber selbst diese Erhöhungen nicht aus, so soll die Reichskasse für die Fehlbeträge aufkommen.

Die **Berliner Gewerkschaftskommission** hat beschlossen, durch ihren Vorsitzenden dem volkswirtschaftlichen Ausschuß der Nationalversammlung, der über die Prämiengewährung zu entscheiden hat, den nachhaltigsten Protest der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu unterbreiten."

Staatsanzeiger.

Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat versetzt: unterm 14. Oktober d. J. den Bausekretär **Adolf Koch** in Freiburg nach Haltingen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Statt jeder besonderen Anzeige!

Heute abend 6 3/4 Uhr entschlief im Alter von beinahe 9 Jahren nach langem schweren, mit rührender Geduld getragenen Leiden unser liebes Söhnchen und Brüderchen

Hans-Joachim.

Karlsruhe, den 21. Dezember 1919.

Dr. phil. **Friedrich Stroebe**
u. Frau **Ida** geb. Weiß,
Fritz Stroebe.

Die Einäscherung findet Dienstag nachmittag 2 1/2 Uhr, in der Stille statt. Von Beileidsbesuchen und Blumenspenden bitten wir abzusehen.

Die Geschäftsräume der unterzeichneten Banken und Bankfirmen sind am

Mittwoch, den 24. Dez. 1919
von mittags 12 Uhr an und am
Samstag, den 27. Dez. 1919
den ganzen Tag
geschlossen!

Badische Bank
Veit L. Homburger
Mitteldeutsche Creditbank
Rheinische Creditbank
Straus & Co.
Süddeutsche Disconto-Gesellschaft
Vereinsbank Karlsruhe e.G.m.b.H.

KUNSTHANDLUNG
SCHWARZ
Inhaber: Karl Dietzmann
Kaiserstr. 225 KARLSRUHE Tel. 1407

GEMÄLDE
erster Karlsruher und auswärtiger Künstler

Großer Verkauf!

Ulster

für Herren und Damen!
Gute Paßform! Solide Stoffe! Starkes Futter!
Besonders vorteilhaft:

Ulster, II reihig, hell, reine Wolle **Mk. 200.—**
Ulster, II reihig, braun, stark. Stoff **Mk. 225.—**
Ulster, I reihig und II reihig, braun u. blaugrau **Mk. 275.—**
Ulster, II reihig, hell, Flausch, reine Wolle **Mk. 350.—**
Ulster, II reihig, blau-grün-schwarzbraun, reine Wolle, unverwüstlich **Mk. 400.—**

Besichtigen Sie mein Lager Sie finden etwas Passendes!

L. Brotz,
Marienstraße 18, parterre
Kein Laden. Telephon 3950.
Sonntags geöffnet!

Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Oekonomie.

Herausgegeben von **Karl Diehl** und **Paul Mombert,** Universitätsprofessoren in Freiburg

Band I: Lehre vom Geld, I. Teil.
II: Der Arbeitslohn.
III: Von der Grundrente.
IV: Wert und Preis, I. Teil.
V: Wert und Preis II. Teil.
VI: Bevölkerungslehre.
VII: Wirtschaftskrisen.
VIII: Kapitalzins und Unternehmergewinn.
IX: Freihandel u. Schutzzoll.
X: Zur Lehre vom Geld, II. Teil.

Alle fremdsprachlichen Teile sind ins Deutsche übersetzt.

Preis jedes Bandes, etwa 220 Seiten stark, geb. M. 4.50. Alle zehn Bände auf einmal bezogen M. 40.—

Zum Selbststudium für Beamte, Kaufleute, Gewerkschaftsbeamte, Politiker.

Ausführliche Drucksachen kostenfrei!

Zu beziehen durch jede Buchhandlung und vom

Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Taschenuhren
wenn auch reparaturbedürftig, werden stets **angekauft** in F988
Weintraubs
An- und Verkaufsgeschäft, Kronenstraße 52.

Künstlerkneipe Daxlanden

HARMONIE MUSIK.

Freitag, 26. Dezember,
von nachm. 4 Uhr:
Öffentl. Tanzmusik
wozu höflichst einladet
August Schwall, zur „Krone".
Gleichzeitig empfehle meine guten Weine und Küche.

Wettbewerb.

Auf das vom Vorstand der Arbeiterpensionskasse der badischen Staatseisenbahnen und Salinen erlassene Ausschreiben eines Wettbewerbs unter den Mitgliedern der bad. Architektenschaft (selbständige Privatarchitekten) zur Erlangung von Entwürfen für den Neubau eines Ökonomiegebäudes mit Dienstwohnungen auf dem Gelände des Friedrich-Hilda-Genesungsheims in Oberweiler bei Badenweiler sind 35 Arbeiten eingelaufen. Das Preisgericht wird am 28. d. M. zur Erteilung der Preise zusammentreten. Der Spruch des Preisgerichts wird besonders veröffentlicht.

Die Entwürfe sind in der Zeit vom Montag den 29. Dezember 1919 bis mit Samstag den 3. Januar 1920 jeweils von 10—12 Uhr vormittags und 1—3 Uhr nachmittags in der Technischen Hochschule in Karlsruhe (Zimmer Nr. 34 im zweiten Stock des Hauptgebäudes) zur Besichtigung öffentlich ausgestellt.

Karlsruhe, den 22. Dezember 1919. P.487

Der Vorstand der Arbeiterpensionskasse der badischen Staatseisenbahnen und Salinen.
Zimmermann, Oberbetriebsinspektor.

Allgemeine Umsatzsteuer.

Die selbständigen Gewerbetreibenden im Landessteuerbezirk der unterzeichneten Steuerstellen, die zur Entrichtung der **Umsatzsteuer** verpflichtet sind, werden hierdurch aufgefordert, die vorgeschriebene schriftliche **Steuererklärung** möglichst bald nach Jahresschluß, jedenfalls bis spätestens Ende Januar 1920 bei uns oder, soweit der Steuerpflichtige nicht am Sitze des Umsatzsteueramts wohnt, bei der Steuereinnehmerei seines Wohnortes einzureichen. Die Steuerpflichtigen der Vororte Rintheim, Daxlanden, Rüppurr und Grünwinkel haben die Umsatzsteuererklärung bei dem Finanzamt abzugeben. In der Steuererklärung muß der Pflichtige den Gesamtbetrag der Entgelte angeben, die er in der Zeit vom 1. Januar 1919 bis mit 31. Dezember 1919 für Lieferungen und sonstige Leistungen innerhalb seiner selbständigen gewerblichen Tätigkeit eingenommen hat. Als steuerpflichtiger Gewerbebetrieb gilt auch der Betrieb der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft, der Viehzucht, der Fischerei und des Gartenbaues sowie der Bergwerkbetrieb. Angehörige freier Berufe (z. B. Ärzte, Rechtsanwälte Künstler) sind nicht steuerpflichtig.

Nur wer für Lieferungen und sonstige Leistungen innerhalb seiner selbständigen gewerblichen Tätigkeit im Kalenderjahr 1919 mehr als 3000 M. eingenommen hat, muß eine Steuererklärung einreichen. Bei einem Jahresumsatz von nur 3000 M. und weniger besteht keine Verpflichtung zur Steuererklärung; jedoch empfiehlt es sich in diesem Falle zur Vermeidung von Erinnerungen, daß der Gewerbetreibende den unterzeichneten Steuerstellen schriftlich mitteilt, daß er nach der Höhe seines Umsatzes nicht steuerpflichtig ist.

In der Steuererklärung ist auch das zu berücksichtigen, was der Pflichtige aus dem eigenen Betriebe zum Selbstgebrauch oder Selbstverbrauch entnommen hat; als Entgelt gilt dabei der Betrag, der am Orte und zur Zeit der Entnahme von Wiederverkäufern gezahlt zu werden pflegt. Beträgt der Jahresumsatz des Pflichtigen nicht mehr als 15 000 M., so sind die Entnahmen aus dem eigenen Betrieb nur dann steuerpflichtig, wenn sie 2000 M. übersteigen.

Zur Steuererklärung muß der Pflichtige amtliche Vordrucke (Vordruck U) verwenden. Sie werden bei der Steuereinnehmerei am Wohnort des Pflichtigen oder bei den unterzeichneten Steuerstellen kostenlos abgegeben. Vor der Ausfüllung des Vordrucks lese man das Merkblatt, das bei den unterzeichneten Steuerstellen und bei den Steuereinnehmereien zur Einsicht und zum Verkaufe — das Stückk für 20 Pfg. — aufliegt.

Der Pflichtige erhält über die von ihm zu entrichtende Abgabe jedesmal einen besonderen Steuerbescheid. P 186

Wer vorsätzlich die allgemeine Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, wird mit einer Geldstrafe bis zum zwanzigfachen Betrage der gefährdeten oder hinterzogenen Steuer bestraft. Kann der Betrag der Steuer nicht festgestellt werden, so tritt Geldstrafe von einhundert bis einhunderttausend Mark ein. Der Versuch ist strafbar.

Wer die vorgeschriebenen Steuererklärungen nicht rechtzeitig abgibt, gegen den kann, soweit er sich dadurch nicht schon der Steuerhinterziehung schuldig gemacht hat, eine Ordnungsstrafe bis zu 3000 M. erkannt werden, die nötigenfalls wiederholt werden kann; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu zehn vom Hundert der Steuer auferlegt werden.

Auskunft wird bei dem unterzeichneten Finanzamt im Zimmer Nr. 82 im 2. Stock erteilt, beim Hauptsteueramt im Zimmer Nr. 39 im 1. Stock, Rüppurrerstraße 3a.

Karlsruhe, den 20. Dezember 1919.

Finanzamt — Hauptsteueramt — als Umsatzsteueramt.

Amtliche Bekanntmachungen.

Das Schießen und Abbrennen von Feuerwerkskörpern in der Neujahrsnacht betr.

Das Schießen und Abbrennen von Feuerwerkskörpern in der Neujahrsnacht ist verboten. P.493

Zuwiderhandlungen werden gemäß §§ 367 Ziffer 8 und 368 Ziffer 7 R.-Str.-G.-B. an Geld bis zu 150 M. oder mit Haft bestraft; beim Gebrauch scharfgeladener Waffen wird nur auf Haftstrafe erkannt werden. Außerdem haben Zuwiderhandelnde neben der Bestrafung unter Umständen für die ganze Neujahrsnacht ihre Festnahme zu gewärtigen.

Karlsruhe, den 18. Dezember 1919.

Bezirksamt — Polizeidirektion. O.Z. 352

Verordnung.

Vom 28. November 1919.

Die Festsetzung von Richtpreisen für Ziegeleiwaren betr.

§ 1.

In Abänderung der Verordnung obigen Betreffs vom 22. April 1919 (Gesetzes- und Verordnungsbl. S. 299) in der Fassung der Verordnung vom 26. Juli 1919 (Gesetzes- und Verordnungsblatt Seite 422) werden folgende Richtpreise für Ziegeleiwaren festgesetzt:

1. Maschinensteine Normalformat mit Druckfestigkeit bis 250 kg/qcm Kleinere Formate im Verhältnis billiger.	125 M. für 1000 St
1a. Grüne (ungebrannte) Steine gleichen Formats	75 M. für 1000 St
2. Biberschwänze Größe etwa 18/38	
1. Sorte	210 M. für 1000 St.
2. Sorte	195 M. für 1000 St.
3. Preßfalzziegel, etwa 14-15 St./qm	
1. Sorte	340 M. für 1000 St.
2. Sorte	320 M. für 1000 St.
4. Strangfalzziegel, etwa 14—15 St./qm	
1. Sorte	320 M. für 1000 St.
2. Sorte	300 M. für 1000 St.
5. Firstziegel, 3 Stück auf 1 m	1,25 M. für 1 St.

§ 2.

Die in § 1 festgesetzten Preise gelten vom 1. November 1919 an.

§ 3.

Die Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündigung in Kraft.

Karlsruhe, den 28. November 1919.

Badisches Arbeitsministerium. O.Z. 15

Badisches Landestheater.

Mit Rücksicht auf die Besucher von Durlach werden die Aufführungen von „Parsifal" an den beiden Weihnachtsfeiertagen nicht um 3/4 5 Uhr, sondern schon um **4 1/4 Uhr** beginnen.

Pädagogium Neuenheim-Heidelberg

Gymnas- u. Real-Klass. Sexta/Prima. Erfolgr. Ueberleitung in alle Klassen der Staatsschulen. **Abitur. Prima** (Einjähr. 7/8 Kl.) **Einzelbehandlung.** Arbeitsstunden. Förderung **körperl.** usw. Schwacher. Sport. Werkstätte Garten- u. Landbau. **Familienheim.** G.847

GELD
verleiht in kurzer Zeit Selbstgeber von 100 Mark aufwärts an jedermann bei monatlicher Rückzahl. d.
Aug. Becker
Karlsruhe, Draisstr. 17 II
Sprechzeit täglich von 2—6 Uhr nachmittags.
Strenge Diskretion.

Schwester
wünscht Tätigkeit in Privatpflege. Offert. unter H.364 an die Exp. der Karlsruher Zeitung erbeten.

Ein Riesengeschäft
erzielen Sie, wenn Sie meine Artikel zum Verkaufe übernehmen. Prospekt grat.
Gottl. Bäuerle,
Fabrik **Kleinaspach** Wttbg.

Tapeten
Reichhaltige Auswahl.
H. DURAND
Douglasstraße 26, Telephon 2435. Bei der Hauptpost. Übernahme von **Tapezierarbeit. Musterkollektion steht zu Diensten.**

Bürgerliche Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

P.488.2.1 **Karlsruhe.** Die Firma **L. Bär Söhne** in Liquidation, vertreten durch die Liquidatoren Berthold Bär und David Bär in Karlsruhe, Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte S. Oppenheimer und Dr. Levis, in Karlsruhe, klagt gegen den **Philipp Kehrer,** früher Fuhrmann in Ludwigshafen a. Rh., zurzeit an unbekannten Orten unter der Behauptung, daß ihr der Beklagte aus Pferdekauf vom 5. Mai 1914 1650 M. schulde, mit dem Antrage, der Beklagte werde verurteilt, an die Klägerin 1650 M. — Eintausend sechshundertfünfzig Mark nebst 5 Proz. Zinsen seit 5. Mai 1914 zu bezahlen und habe die Kosten des Rechtsstreits, einschließlich derjenigen der einstweiligen Verfügung vom 14. August 1914 zu tragen; das Urteil sei gegen Sicherheitsleistung für vorläufig vollstreckbar zu erklären. Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das Badische Amtsgericht in Karlsruhe auf Samstag, den 31. Januar 1920, vorm. 9 Uhr, Akademiestraße 2a, 3. Stock, Zimmer 119, geladen.

Karlsruhe, 22. Dez. 1919.

Gerichtsschreiberei Bad. Amtsgerichts A 3.

Versch. Bekanntmachungen

Tiefbauarbeiten für den Bau des Planums des östlichen Überholungsgleises in Hauenebersteinnach Finanzministerialverordnung vom 3. I. 1907 öffentlich zu vergeben: Erdarbeiten: 5310 cbm, Böschungsarbeiten: 3000 qm, Feldwegverlegung: 1880 qm. Pläne und Bedingnisheft liegen auf unserem Zeichenbüro im Aufnahmsgebäude des neuen Personenbahnhofs zur Einsicht auf. Kein Versand nach auswärts. Angebote — Vordrucke hierzu auf unserem Zeichenbüro erhältlich — mit entsprechender Aufschrift spätestens bis zum **Freitag, den 2. Januar 1920, vormittags 11 Uhr,** verschlossen und portofrei bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen.

Karlsruhe, 17. Dez. 1919.

Bahnbauinspektion II.